

*Im November 2002 kam die Meldung: die Krankenkassen finanzieren ihren Anteil von fast 20% nicht mehr bei den Sozialpsychiatrischen Diensten. Zeitgleich nahmen auch der Bezirk Schwaben und die Träger Kürzungen vor: da entschlossen sich Klienten und ihre Angehörige, rechtliche Betreuer, angestellte und ehrenamtliche Mitarbeiter der Sozialpsychiatrischen Dienste und Freunde der Sozialpsychiatrischen Dienste sich zusammenzutun zu der Aktion „Rettet die Sozialpsychiatrischen Dienste – jetzt“ und für die Dienste zu kämpfen. Wir haben schon im letzten **hilfe**-Heft auf die Aktion hingewiesen.*

„Rettet die Sozialpsychiatrischen Dienste - jetzt!“

Eine Zwischenbilanz

Die Sozialpsychiatrischen Dienste in Bayern und insbesondere in Schwaben stehen unter erheblichem Druck. Mittel werden gekürzt, Stellen gestrichen. Das Angebot wird notgedrungen zurückgefahren. Ganze Einrichtungen müssen schließen. Und das nicht etwa weil ihre Leistungen überflüssig oder gar schlecht wären, sondern allein aus finanziellen und haushaltsrechtlichen Überlegungen. Klienten wie Mitarbeiter wie Träger im sozialen Bereich verfügen in der Regel über zu wenig Machtressourcen und Machtbewusstsein, um sich erfolgreich zu wehren. Dennoch haben wir es versucht! Über Stationen, Erfahrungen und Ergebnisse dieses Engagements präsentieren wir hier einen Zwischenbericht.

Was war passiert?

Nachdem sich 2003 zunächst die Krankenkassen aus der Pauschalfinanzierung (ca. 18 %) der Sozialpsychiatrischen Dienste zurückgezogen hatten, verordnete der Bezirk Schwaben für 2003 weitere Kürzungen in Höhe von 700.000 Euro. Derartige Kürzungen führten nicht mehr allein zu Leistungseinschränkungen. Sie waren – wie das Beispiel Augsburg zeigt – Existenz bedrohend. Zum Juni 2003 musste der Sozialpsychiatrische Dienst der Caritas seine Arbeit ganz einstellen. Der Dienst der Diakonie, die Arbeitsgemeinschaft für psychische Gesundheit, wurde um nahezu 50% reduziert. Es ist davon auszugehen, dass rund 500 Personen allein im Raum Augsburg nicht mehr angemessen versorgt werden können. Ein zentrales Element ambulanter psychiatrischer Versorgung wird kaputt gespart. Die Lebensqualität der Klienten droht zu sinken, Probleme und Konflikte nehmen zu, stationäre Kosten werden steigen.

Angesichts dieser für die Sozialpsychiatrischen Dienste mehr als bedrohlichen Situation fand sich in Augsburg eine Gruppe aus Betroffenen, Mitarbeitern und Interessierten zur Aktionsgemeinschaft „Rettet die Sozialpsychiatrischen Dienste jetzt!“ zusammen. Ziel der in den Räumen von EREPRO tagenden Gruppe war es, die Öffentlichkeit zu informieren, die Träger zum Handeln zu motivieren, politische Entscheidungsträger über die Folgen ihres Tuns aufzuklären und wenn nötig Druck auszuüben. In der Gruppe insgesamt und durch das Engagement einzelner wurden entsprechende Aktionen geplant: offener Brief an den Ministerpräsidenten, Unterschriftensammlung, persönliche Briefe von Betroffenen und Angehörigen an Institutionen und Mandatsträger, Versammlungen Protestaktionen und Unterschriftenübergabe.

Im **Mai 2003** wird ein Offener Brief an den Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (abgedruckt auf in diesem Heft) geschickt und mit der Unterschriftenaktion

begonnen. Gleichzeitig wurden von einzelnen Betroffenen und Angehörigen Mandatsträger persönlich angeschrieben und zur Stellungnahme aufgefordert.

Am **Sonntag den 24. 08. 2003** verwandelt sich das Spenglergässchen vor der Arbeitsgemeinschaft für psychische Gesundheit in einen quirligen Demonstrationsort. Die Bundestagsabgeordnete der Grünen Claudia Roth kommt und auch die Stadträte Christine Kamm und Reiner Erben sind dabei. Plakate schmücken die Beratungsstelle. Die Unterschriftenlisten hängen an einer meterlangen Wäscheleine. Über 100 Betroffene, Angehörige, Mitarbeiterinnen und Freunde haben sich versammelt, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen und gegen Kürzungen zu protestieren. Betroffen und kompetent nehmen Klienten und Angehörige Stellung. Die Presse informiert sich und Claudia Roth ist tief beeindruckt. Sie verspricht für weitere Unterschriften zu werben und das politische Anliegen weiter zu tragen. In der Presse wurde dann aber kaum über Inhalte berichtet. Denn Claudia Roth stürzte kurz nach Verlassen der Veranstaltung vom Rad. Schlimm für Claudia Roth und Pech für die Aktion. Der Fahrradsturz war die wichtige Meldung. Unser Anliegen wurde da kaum noch wahrgenommen. (s. Foto).

Am **6.9.2003** werden bei einer angemeldeten Demonstration auf dem Königsplatz weitere Unterschriften gesammelt. Weit über 50 Teilnehmer (wieder vor allem Betroffene, Angehörige und Mitarbeiter) hatten sich an Infotischen versammelt um unter dem Motto „Nicht lahm gelegt im Krankenbett, sondern gemeinsam stark durch Sozialpsychiatrie“ versammelt. Plakate waren aufgehängt. Ein mitgeführtes Krankenbett symbolisierte den Ernst der Lage. In einem eigens dafür eingerichteten Speakers Corner nehmen Bezirks- und Stadträte der SPD und der Grünen Stellung. Die Demonstration erregt Aufsehen, in der Presse wird berichtet und viele Unterschriften kommen dazu.

Am Freitag den **19. Dezember 2003** werden dem Bezirkstagspräsidenten Jürgen Reichert 3200 Unterschriften übergeben (s. Foto). Im lokalen Fernsehen wird berichtet und in der Augsburger Zeitung erscheint der Beitrag „Behinderte fühlen sich von Bezirk missachtet (AZ, Samstag 20.12.2003, S. 6, Till Hofmann). Dort heißt es unter anderem „Günter Rieger ... nannte die Politik des Bezirks „kurzsichtig, langfristig teuer und unglaubwürdig“. Nach Ansicht des Professors für Sozialwesen an der Berufsakademie Stuttgart wird das ambulante Hilfenetz kaputt gespart – mit der zwangsläufigen Folge, dass sich mehr Menschen länger in den Krankenhäusern behandeln müssen Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ (ist) nicht mehr erkennbar. Eva Straub (Ingolstadt), Vorsitzende des Landesverbands der Angehörigen psychisch Kranker, forderte dazu auf ... Krankenkassen und den Freistaat dazu zu bringen, sich wieder an der Finanzierung zu beteiligen. ... (Schließlich appellierte) Judith Hafner als psychisch Kranke an Reichert: „Wir wollen angenommen werden wie normale Menschen““. Gerade das persönliche Statement von Frau Hafner machte Eindruck auf den Bezirkstagspräsidenten von Schwaben. Dieser versprach – soweit es in seiner Macht steht - von weiteren Kürzungen im Bereich der Sozialpsychiatrie abzusehen, der Arbeitsgemeinschaft für psychische Gesundheit einen Besuch abzustatten und gemeinsam über bessere Lösungen zu beraten.

Am **04. März 2004** kann die Aktionsgemeinschaft ihre Position bei einer Expertenanhörung im Bayerischen Landtag vortragen. Den Kontakt hatte die

Landtagsabgeordnete der Grünen Frau Christine Kamm hergestellt. Vertreten wurde die Aktion durch Prof. Dr. Günter Rieger. Die Antworten der politischen Verantwortlichen - einerlei ob Staatskanzlei, Krankenkassen oder Bezirk - sind letztlich immer gleich: Der Ausgang der Diskussionen vorgezeichnet. Niemand stellt in Abrede, dass die Sozialpsychiatrischen Dienste eine wichtige, unverzichtbare Aufgabe erfüllen. Aber keiner will bezahlen. Weil es keine gesetzlichen Grundlagen gibt, können die politischen Verantwortlichen hier kürzen. Fachliche Begründungen für die Kürzungen spielen dabei keine Rolle.

Was hat es gebracht?

Natürlich wurden die Kürzungen durchgeführt. Selbstverständlich konnte keine Zurücknahme der Streichungen erreicht werden. Dennoch haben sich die Aktionen gelohnt:

à Öffentlichkeit wurde hergestellt. Ein ansonsten randständiges Thema wurde in der Presse und auch im lokalen Fernsehen diskutiert. In der Fachöffentlichkeit übernahm die Augsburger Aktion eine gewisse Vorreiterrolle. Sie konnte alarmieren, vor dem Dominoeffekt der schwäbischen Vorreiterrolle warnen und Erfahrungen weiter geben.

à Der Bezirkstagspräsident von Schwaben, Herr Reichert gab die Zusage, dass die SPDs zumindest in diesem Haushaltsjahr keine weiteren Kürzungen fürchten müssen. Einen Besuch in der Arbeitsgemeinschaft für Psychische Gesundheit hat er zugesagt, um sich vor Ort über die Situation zu informieren und über die Weiterentwicklung der Sozialpsychiatrie zu diskutieren.

à Klienten, Angehörige und Mitarbeiter haben wichtig Erfahrungen in der Organisation politischer Aktionen gesammelt, neue – auch in Zukunft nützliche - Kontakte sind entstanden.

à Schließlich und nicht zuletzt: Man wahrt die eigene Würde, wenn man sich wehrt und sagt was wahr ist und was Not tut:

Jetzt gilt es dran zu bleiben. Denn die Auseinandersetzungen um die zukünftige Psychiatriepolitik haben erst begonnen. Es gilt für eine gesetzliche Verankerung sozialpsychiatrischer Leistungen zu kämpfen und sich gegen Technisierung und Bürokratisierung der Hilfeleistungen zu wehren. Überall ist nur noch von Nützlichkeit, Effektivität, Effizienz und Kontrolle die Rede. Lebensqualität, Mitmenschlichkeit und Würde scheinen antiquierte Begriffe. Sie wieder in den Vordergrund zu rücken und zur Richtschnur politischen und sozialarbeiterischen Handelns zu machen, darum geht es.

Günter Rieger